

Sitzung vom 16. Januar 2002

59. Anfrage (Sprachabteilungen an öffentlichen Schulen)

Kantonsrätin Susi Moser-Cathrein, Urdorf, hat am 22. Oktober 2001 folgende Anfrage eingereicht:

Im Kanton Zürich gibt es eine Vielzahl von Sprachabteilungen an öffentlichen Schulen, insbesondere an Berufs- und Mittelschulen. Es ist anzunehmen, dass nicht alle Sprachabteilungen die gleiche hohe Qualität aufweisen. Und es ist ferner anzunehmen, dass nicht alle Sprachkurse über eine angemessene Auslastung und damit eine optimierte Kostenstruktur verfügen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat sich der Regierungsrat schon überlegt, ob die Sprachabteilungen von öffentlichen Berufsschulen und Mittelschulen zusammengelegt werden könnten, um eine bessere Auslastung der Kurse zu erreichen?
2. Wäre es auch möglich, die Sprachabteilungen öffentlicher Schulen auf weniger Standorte mit einem qualitativ hoch stehenden Angebot zu konzentrieren?
3. Welche Kosteneinsparungen hätte eine Konzentration der Sprachabteilungen zur Folge?
4. Sieht der Regierungsrat im Rahmen der Einführung von Bildungszentren vermehrte Möglichkeiten zur Konzentration der Sprachabteilungen?

Auf Antrag der Bildungsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Susi Moser-Cathrein, Urdorf, wird wie folgt beantwortet:

In der Schulpraxis lassen sich «Sprachabteilungen» nicht finden. Üblicherweise wird von Klassen oder Unterricht gesprochen. Eine allfällige Zusammenlegung von Klassenzügen oder Kursen im Sprachunterricht an Mittel- und Berufsschulen erscheint aus verschiedenen Gründen als nicht durchführbar und ist auch pädagogisch nicht erwünscht. Die Lehrpläne in den Sprachfächern sind sehr unterschiedlich. Alt- und neusprachliche Fächer gehören zu den Schwerpunkten im Stoffangebot der Gymnasien. Auch die Klassengrössen lassen sich zwischen den Mittel- und Berufsschulen nicht vollständig harmonisieren. Die Mittelschulen verfügen dank einer homogener ausgerichteten Ausbildung über grössere Klassenbestände als die gewerblichen Berufsschulen. Ab Schuljahr 2001/02 führen einzelne Mittelschulen ausserdem im Rahmen einer Pilotphase erstmals Klassen mit zweisprachiger Maturitätsausbildung. In der Berufsbildung hat der Sprachunterricht bis heute eine untergeordnete Bedeutung. Die generelle Einführung einer Fremdsprache in der Grundbildung ist im Rahmen der Beratungen zum neuen Berufsbildungsgesetz vom Nationalrat beschlossen worden. Besser positioniert ist der Fremdsprachenunterricht in der kaufmännischen Ausbildung und im Berufsmaturitätsunterricht. In einzelnen Berufen wird «Technisches Englisch» in berufspraktischer Anwendung vermittelt.

Die zunehmende Spannweite von Lernvermögen, Interessen und Ausbildungszielen einer leistungsmässig heterogenen Schülerschaft verlangt ein flexibles Arbeiten auch in den Sprachfächern. Das Gymnasium ist vorwiegend an den Fachwissenschaften orientiert. Der rasche Wandel in der Berufswelt lässt auch in der Berufsschule die sprachlichen und allgemeinbildenden Fächer wichtiger werden, ruft bei einem Teil der Schülerschaft jedoch Motivationsprobleme hervor. Der bevölkerungsreiche und stark wirtschaftlich ausgerichtete Kanton Zürich verfügt im schweizerischen Vergleich mit 14000 Schülerinnen und Schülern an den Mittelschulen und 30000 Auszubildenden in der Grundbildung der Berufsschulen bereits über eine organisatorisch und auslastungsmässig sehr gute Schulstruktur. Mit der 2001 vom Bildungsrat beschlossenen Berufsschulreorganisation und der Schaffung von drei Bildungszentren sind die Strukturen der Berufsschulen zusätzlich optimiert worden. Falls der Kantonsrat die ihm beantragte Aufhebung der Kantonsschule Riesbach bewilligt (Vorlage 3921), wird auch im Mittelschulbereich eine massvolle Senkung der Anzahl Schulstandorte erzielt. Eine weitere Konzentration von Mittel- und Berufsschulen oder Abteilungen ist nicht nötig. Ein

allfälliger Synergiegewinn ist weder von der Qualität des Unterrichts her noch finanziell ersichtlich.

Im August 2001 haben drei Bildungszentren (Bülach, Horgen, Uster) den Pilotbetrieb aufgenommen. Im Rahmen der Organisationsformen der Bildungszentren ist soweit sinnvoll eine Zusammenarbeit auch bei den Sprachfächern zu erwarten; durch die räumliche Nähe wird diese Zusammenarbeit erleichtert.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion.

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi